



Bilanz der Arbeit des Ausschusses Digitale Agenda 19. Wahlperiode (2017 – 2021)

Inhalt

Der Ausschuss Digitale Agenda – ein Überblick	3
Federführende Vorlagen	3
Selbstbefassungen (Auswahl)	4
Öffentliche Anhörungen und Fachgespräche.....	4
Quantencomputing.....	5
Blockchain.....	5
Resilienz von Demokratien im digitalen Zeitalter im Kontext der Europawahl.....	5
Digitale Währungen, insb. Libra.....	5
Libra.....	6
IT-Sicherheit von Hard- und Software als Voraussetzung für digitale Souveränität....	6
Datensouveränität im Zusammenhang mit dem Projekt GAIA-X, Datenräume u. Datenstrategie	7
Datenstrategie.....	7
Digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen	7
Öffentliches Fachgespräch mit EU-Kommissarin Margrethe Vestager.....	8
Öffentliches Fachgespräch zur Sicherheit und Koordinierung der Nutzung von Clustererkennungs-Apps	8
Nicht öffentliches Fachgespräch.....	8
Berichte	8
Berichte aus dem Kabinettausschuss-Digitalisierung (Digitalkabinettt).....	8
Berichte der Bundesregierung	9
Wissenschaftliche Berichte und Gutachten	10
Delegationsreisen	11
Schweden und Dänemark.....	11
Paris (IGF 2018).....	11
Vereinigte Arabische Emirate und Oman.....	11
Kanada.....	12

Informationsbesuche/Veranstaltungen.....	12
Hannover Messe 2018.....	12
CEBIT 2018.....	12
Hannover Messe 2019.....	12
Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) der Bundeswehr und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).....	12
IGF 2019	13
IoT & FinTech Hub Berlin.....	13
Gespräche mit ausländischen Gästen	13
Mitglieder des Ausschusses Digitale Agenda (Stand 30. Juni 2021).....	15
Ordentliche Mitglieder	15
Stellvertretende Mitglieder.....	16

I. Der Ausschuss Digitale Agenda – ein Überblick

Digitalisierung und Netzpolitik sind die Querschnittsthemen, mit denen sich der Ausschuss Digitale Agenda befasste – und die er vorangetrieben hat. Die Corona-Pandemie ließ die Menschen unmittelbar spüren, wie sich das Leben durch die Digitalisierung verändert, beispielsweise beim *Homeschooling* oder *Homeoffice*, und die zunehmende Nutzung von Videokonferenzen im schulischen, beruflichen und privaten Bereich. Die Chancen, aber auch die Risiken, die mit einer immer stärker vernetzten und digitalisierten Welt verbunden sind, standen im Fokus des Ausschusses. Die Basis der Digitalisierung bilden, neben der IT-Infrastruktur, vor allem die Daten, die hin- und hergeschickt werden – sehr oft auch weltweit. Der verantwortungsvolle, wettbewerbsgerechte und innovative Umgang mit ihnen ist eine der größten Aufgaben und Herausforderungen im digitalen Zeitalter. Datenschutz, Nutzungsrechte und das Internet of Things (IoT) sind daher nur einige Themen, mit denen sich der Ausschuss Digitale Agenda in der 19. Legislaturperiode beschäftigt hat.

Nachdem der Ausschuss Digitale Agenda in der 18. Wahlperiode zum ersten Mal eingesetzt worden war, konstituierte er sich unter Leitung von Bundestagsvizepräsident Dr. Hans Peter Friedrich (CDU/CSU) am 31. Januar 2018 für die 19. Legislaturperiode.

Zum Vorsitzenden wählte der Ausschuss den Abgeordneten Jimmy Schulz (FDP) und zu dessen Stellvertreter Hansjörg Durz (CDU/CSU). Jimmy Schulz verstarb am 25. November 2019. Zu seinem Nachfolger bestimmte der Ausschuss am 18. Dezember 2019 Manuel Höferlin (FDP).

Die Obleute im Ausschuss waren Maik Beermann (CDU/CSU), Dr. Jens Zimmermann (SPD), Joana Cotar (AfD), Mario Brandenburg (FDP), Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.) und Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Der Ausschuss Digitale Agenda zählte 21 ordentliche Mitglieder, von denen sieben der Fraktion der CDU/CSU angehörten, fünf der SPD-Fraktion, drei der Fraktion der AfD und jeweils zwei den Fraktionen von FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zu den ordentlichen Mitgliedern zählte zusätzlich ein fraktionsloses Mitglied.

In der 19. Wahlperiode kam der Ausschuss zu 85 Sitzungen zusammen; davon wurden elf in der Form von öffentlichen Anhörungen und Fachgesprächen durchgeführt. 74 Sitzungen des Ausschusses waren nicht öffentlich. Ab der 52. Sitzung tagte der Ausschuss nicht mehr präsent, sondern aufgrund der Corona-Pandemie zunächst virtuell und ab der 57. Sitzung hybrid (präsent und virtuell).

II. Federführende Vorlagen

Mit zunehmender Bedeutung der Digitalisierung und damit einhergehend der Notwendigkeit, grundlegende digitalpolitische Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, überwies das Parlament in der 19. Legislaturperiode dem Ausschuss zur Federführung folgende Vorlagen zur Digitalstrategie der Bundesregierung sowie der Datenstrategie in Deutschland und Europa:

BT-Drs.	Überweisung am	Urheber Titel	Beratung am (Sitzung)	Beschluss
19/5810	21.02.2019	Unterrichtung durch die Bundesregierung Umsetzungsstrategie der Bundesregierung – Digitalisierung gestalten	19.05.2021 (81. Sitzung)	Kenntnisnahme (19.05.2021)

BT-Drs.	Überweisung am	Urheber Titel	Beratung am (Sitzung)	Beschluss
19/16075	17.01.2020	Unterrichtung durch die Bundesregierung Eckpunkte einer Datenstrategie der Bundesregierung	24.02.2021 (73. Sitzung) 19.05.2021 (81. Sitzung)	Kenntnisnahme (19.05.2021)
19/26450	11.02.2021	Unterrichtung durch die Bundesregierung Datenstrategie der Bundesregierung Eine Innovationsstrategie für gesellschaftlichen Fortschritt und nachhaltiges Wachstum	24.02.2021 (73. Sitzung) 19.05.2021 (83. Sitzung)	Kenntnisnahme (19.05.2021)
6250/20	02.04.2020	Mitteilung Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Eine europäische Datenstrategie Ratsdokumentennr. 6250/20/ KOM-Nummer (2020)66 endg.	19.05.2021 (81. Sitzung)	Kenntnisnahme (19.05.2021)

III. Selbstbefassungen

Die Befassung mit aktuellen digitalpolitischen Themen im Rahmen der Selbstbefassung nahm einen nicht unerheblichen Teil der Arbeit des Ausschusses in Anspruch. Dieses Recht zur Selbstbefassung bedeutet, dass sich die parlamentarischen Ausschüsse innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereiches aus eigener Initiative mit einem Sachverhalt befassen dürfen (§ 62 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages). Sein Recht auf Selbstbefassung nahm der Ausschuss Digitale Agenda umfassend und in nahezu jeder Ausschusssitzung durch die Berichte der Bundesregierung sowie durch öffentliche Anhörungen von Sachverständigen in Anspruch.

Außerdem führte der Ausschuss Digitale Agenda im Rahmen der Selbstbefassung Fachgespräche mit Vertretern von Google, Facebook, Twitter etc. Mit einem Facebook-Vertreter sprach der Ausschuss beispielsweise über den Missbrauch von Benutzerdaten von Facebook-Kunden durch die unrechtmäßige Weitergabe der Nutzerdaten an Cambridge Analytica durch einen App-Entwickler sowie über den Ende September 2018 öffentlich gewordenen Hackerangriff auf Facebook.

1. Öffentliche Anhörungen und Fachgespräche

In insgesamt elf öffentlichen Anhörungen und Fachgesprächen informierte sich der Ausschuss Digitale Agenda durch externen Sachverstand. Mit den eingeladenen Fachleuten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung diskutierte der Ausschuss Digitale Agenda über verschiedene Aspekte der digitalen Welt. Die Themen reichten beispielsweise von den technologischen Entwicklungen (Quantencomputing, Blockchain) sowie Fragen zur Datensicherheit und Datensouveränität (europäische Dateninfrastruktur GAIA-X) über digitale Währungen (z.B. Libra) bis hin zu Themen wie Meinungsmanipulation durch das Internet und digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Begleitet wurden die öffentlichen Anhörungen stets von der Frage, welchen Regulierungsbedarf oder welches notwendige gesetzgeberische Handeln die Sachverständigen sehen.

Quantencomputing

Am 6. Juni 2018 (11. Sitzung) informierte sich der Ausschuss Digitale Agenda in seiner ersten öffentlichen Anhörung über den Stand der Entwicklung der Quantencomputer. Das Potential der Quantencomputer wurde von den Sachverständigen als enorm angesehen. Denn die Quanten-Bits (Qubits) können, im Gegensatz zu den Bits herkömmlicher Computer, gleichzeitig im Zustand 0 und 1 sein und theoretisch sogar unzählig viele Zustände dazwischen erreichen. Dadurch sind Rechenleistungen möglich, mit denen die heute üblichen Computer nicht mithalten können. Jedoch stellt dieses Potential gleichsam eine Bedrohung der heutigen IT-Sicherheit dar, wie die Experten in der öffentlichen Anhörung feststellten. Denn Quantencomputer könnten die heute bei der IT-Kommunikation üblicherweise verwendete Verschlüsselungstechnologie brechen. Daher appellierten die Sachverständigen an die Abgeordneten, auf die Investition in quantencomputer-resistente Kryptoverfahren zu achten. Außerdem wurde von den Sachverständigen darauf hingewiesen, dass die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Quantencomputing dringend notwendig sei.

Blockchain

Am 28. November 2018 (20. Sitzung) informierte sich der Ausschuss Digitale Agenda über die Hintergründe der Blockchain-Technologie und deren Anwendungsmöglichkeiten. Blockchain wird häufig im Zusammenhang mit Kryptowährungen genannt. Eine bekannte Kryptowährung ist Bitcoin, die eine Form der *Anwendung* der Blockchain-Technologie darstellt. Für den Ausschuss Digitale Agenda war insbesondere interessant zu erfahren, ob und welcher neuen Gesetze es möglicherweise bedarf, welche bestehenden Regulierungen hinderlich sind und wie sich diese Technologie nach Meinung der Sachverständigen weiter auf die Gesellschaft, die Wirtschaft und vor allem auf die Demokratie auswirken wird.

Resilienz von Demokratien im digitalen Zeitalter im Kontext der Europawahl

Am 10. April 2019 (32. Sitzung) hat der Ausschuss Digitale Agenda Sachverständige eingeladen, um über die Möglichkeiten der Meinungsbildung und -manipulation durch das Internet, die sozialen Netzwerke, Messenger Dienste u. ä. zu diskutieren. Die Gefahr der Meinungsmanipulation durch beispielsweise Desinformation, Chat Bots, algorithmische Selektion oder Fake Friends und die Frage, welchen Einfluss die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger auf ihre politischen Entscheidungsprozesse hat, stand im Mittelpunkt der öffentlichen Anhörung. Den Ausschuss Digitale Agenda interessierte auch, welche Vorkehrungen die Politik aus Sicht der Sachverständigen treffen sollte, um digitale Wahlbeeinflussung effektiv zu verhindern und wie sich die Resilienz, die Widerstandsfähigkeit von Demokratien, im digitalen Zeitalter stärken lässt.

Digitale Währungen, insb. Libra

Am 25. September 2019 (38. Sitzung) hörte sich der Ausschuss Digitale Agenda die Meinungen von Expertinnen und Experten zu der von Facebook und einem Unternehmenskonsortium im Juni 2019 angekündigten digitalen Währung mit dem Namen Libra an. Eingeladen waren Vertreter der Europäischen Zentralbank (EZB), des Bundesverbands deutscher Banken sowie Sachverständige aus Wissenschaft und Unternehmen. Libra soll, so war dem Whitepaper zu entnehmen, als einfache globale Währung u. a. Erleichterungen im digitalen Zahlungsverkehr, besonders in Schwellenländern und einer damit einhergehenden Verringerung bzw. Vermeidung von Transaktionskosten bringen. Für diese, auf der Blockchain-Technologie aufgebaute Kryptowährung, sahen die Sachverständigen noch erheblichen Klärungs- und Regulierungsbedarf und es wurde deutlich, dass es bei diesem komplexen Thema nicht nur um technologische Fragen zur digitalen

Währung geht, sondern auch um die monetäre Souveränität von Staaten. Außerdem wurde über die Idee eines digitalen Zentralbankgeldes gesprochen.

Libra

Am 23. Oktober 2019 (41. Sitzung) fand dann – gemeinsam mit dem Finanzausschuss – eine öffentliche Anhörung zu der von der Libra Association geplanten Einführung der digitalen Währung Libra statt. Eingeladen war je ein Vertreter der Libra Association (Bertrand Perez) und von Calibra (Tomer Barel). Bertrand Perez stellte die Libra Association als eine unabhängige schweizerische Organisation mit 21 Mitgliedsorganisationen und Sitz in Genf vor. Tomer Barel erklärte, Calibra sei eine Tochtergesellschaft von Facebook, die eine digitale Wallet (dt. Geldbörse) entwickelt, die die Nutzer zum Senden, Aufbewahren und Ausgeben von Libra-Coins verwenden können. Der Vertreter der Libra Association erklärte, dass das Ziel des Libra-Projekts sei, ein besseres Zahlungsnetzwerk aufzubauen, um den Zugang zu grundlegenden Finanzdienstleistungen zu verbessern, insbesondere für die 1,7 Milliarden Menschen, die weltweit ohne Konto oder sonstigen Zugang zu Finanzdienstleistungen seien. Bertrand Perez knüpfte in seinem Statement an die in der öffentlichen Anhörung am 25. September 2019 geäußerten Bedenken der Sachverständigen an und betonte, dass die Libra Association nicht die Absicht habe, in die Währungspolitik souveräner Staaten einzugreifen und Libra nicht als Ersatz für gesetzliche Währungen gedacht sei. Auch solle es eine Verpflichtung geben, die Standards in den Bereichen Verbraucherschutz, Finanzstabilität und globale Zusammenarbeit zur Prävention von Geldwäsche und illegalen Finanzaktivitäten einzuhalten. Weitere Aspekte in der öffentlichen Anhörung waren auch die Fragen nach der Absicherung und der Stabilität von Libra. Die geladenen Gäste gaben an, dass Libra wertemäßig einem Währungskorb entsprechen solle. Der Libra-Coin solle durch eine Reserve liquider Vermögenswerte und Bankeinlagen sowie sehr kurzfristiger Staatsanleihen besichert werden, die auf ausgewählte stabile Währungen lauten sollen.

IT-Sicherheit von Hard- und Software als Voraussetzung für digitale Souveränität

Am 11. Dezember 2019 (45. Sitzung) stand die Sicherheit digitaler Infrastrukturen als Voraussetzung für die digitale Souveränität des Einzelnen, aber auch des Staates, im Mittelpunkt des Interesses des Ausschusses Digitale Agenda. Digitale Souveränität definierten die Sachverständigen als die Fähigkeit zum freien Entscheiden und selbstbestimmten Handeln im digitalen Raum. Sie sahen insbesondere in drei Punkten Handlungsbedarf und forderten

- eine massive Investition in deutsche und europäische Technologieanbieter, da es in Europa keine Hersteller von Hardware, von Betriebssystemen, von Browsern und sonstigen zentralen digitalen Infrastrukturen auf internationalem Niveau mehr gebe. Das Projekt GAIA-X wurde in dem Zusammenhang als Schritt in die richtige Richtung bewertet,
- die Einbeziehung der Hersteller von IT- und Digitalprodukten (z.B. Webcams, Smartphones etc.) in die Verantwortung für IT-Sicherheit, beispielsweise durch die Verpflichtung auf ein IT-Gütesiegel oder Zertifikat für die Produkte,
- die Vermittlung der digitalen Kompetenz über die gesamte Lebenszeit, angefangen in der Schule. Denn – so eine Expertin – informierte Nutzerinnen und Nutzer, die wissen, wie Technik funktioniert, wie Vernetzung funktioniert, was Handlungen für Konsequenzen haben und wie algorithmische Entscheidungen getroffen werden, und die sich gleichzeitig auf ein Mindestmaß an IT-Sicherheit auf dem Markt verlassen können, sind ein großer Schritt im Hinblick auf digitale Souveränität.

Datensouveränität im Zusammenhang mit dem Projekt GAIA-X, Datenräume und Datenstrategie

Am 28. Oktober 2020 (63. Sitzung) diskutierte der Ausschuss Digitale Agenda mit Sachverständigen über die Frage, wie in Deutschland und Europa die Datensouveränität, also die Kontrolle von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Staaten über die Verarbeitung und Speicherung ihrer Daten, sichergestellt werden kann – denn aktuell wird der weltweite Cloud-Service-Markt von amerikanischen und chinesischen Cloud-Anbietern getrieben. Im Mittelpunkt der öffentlichen Anhörung stand die Frage, ob das von der Bundesregierung unterstützte Projekt GAIA-X geeignet ist, einen Beitrag zum Erhalt oder zur Rückgewinnung der digitalen Souveränität Deutschlands und Europas zu leisten. Das Projekt GAIA-X hat zum Ziel, eine vernetzte, offene und transparente Dateninfrastruktur mit Fokussierung auf Datensouveränität und Datenverfügbarkeit, basierend auf europäischen Standards und Werten zu schaffen. Von den Sachverständigen wurde hervorgehoben, dass GAIA-X keine Konkurrenz zu den vorhandenen Anbietern sein sollte. Vielmehr sollte GAIA-X, beruhend auf dem Open-Source-Ansatz, die Vernetzung von den Anbietern aus Unternehmen, Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung und den Anwendern ermöglichen.

Datenstrategie

Am 24. Februar 2021 (73. Sitzung) befasste sich der Ausschuss Digitale Agenda mit der Datenstrategie der Bundesregierung. Gegenstand der öffentlichen Anhörung waren die dem Ausschuss zur Federführung überwiesenen Unterrichtungen der Bundesregierung zu den Eckpunkten einer Datenstrategie der Bundesregierung (BT-Drucksache 19/16075) und die Datenstrategie der Bundesregierung – Eine Innovationsstrategie für gesellschaftlichen Fortschritt und nachhaltiges Wachstum (BT-Drucksache 19/26450) sowie ein zur Mitberatung überwiesener Antrag der FDP-Fraktion zur Datenpolitik für Selbstbestimmung, Wettbewerb und Innovation (BT-Drucksache 19/26538).

Die Sachverständigen begrüßten einhellig die Datenstrategie „als Fundgrube an Informationen, Ideen und Wegweisern“. Sie wurde von den Expertinnen und Experten als gute Problemanalyse und guter Orientierungspunkt bewertet. Besonders gelobt wurde das Miteinander des Datenschutzes *und* der Datennutzung. So möchte die Datenstrategie den Zugang und das Teilen von Daten ausweiten, ohne den Datenschutz einzuschränken. Die Betonung der gemeinwohlorientierten Datenpolitik bewerteten die Sachverständigen als positiv. Kritik gab es von den Sachverständigen bei der Umsetzung der Ziele der Datenstrategie. Da hätten sich die Sachverständigen auf der einen Seite mehr konkrete Maßnahmen gewünscht, auf der anderen Seite eine zügigere Realisierung der bereits formulierten Maßnahmen.

Digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Am 24. März 2021 (76. Sitzung) befasste sich der Ausschuss Digitale Agenda mit der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die im digitalen Raum, also auf Online-Portalen und sozialen Plattformen oder durch technische Hilfsmittel oder digitale Medien stattfindet. Bedrohung, Beleidigung, Identitätsdiebstahl, heimliche Aufnahmen, HateSpeech – die Bandbreite der digitalen Gewalt ist groß und hängt oft unmittelbar mit physischer Gewalt zusammen. Daher fordert die Fraktion DIE LINKE. mit ihrem Antrag „Digitale Gewalt gegen Frauen“ (BT-Drs. 19/25351), der ebenfalls Gegenstand der öffentlichen Anhörung war, dass der Begriff digitale geschlechtsspezifische Gewalt definiert wird und digitale Gewalt dokumentiert, erforscht und – in Kooperation mit den Ländern – bekämpft wird. Dazu sollen die Stellen und Behörden in den Ländern, die mit digitaler Gewalt befasst sind (Beratungsstellen, Justiz, Polizei) entsprechend fortgebildet und unterstützt werden.

Öffentliches Fachgespräch mit EU-Kommissarin Margrethe Vestager

Am 3. März 2021 (74. Sitzung) hat der Ausschuss in einem öffentlichen Fachgespräch mit der EU-Kommissarin für Wettbewerb, Margrethe Vestager, über die Digitalstrategie der Europäischen Union diskutiert. Gegenstand waren der EU Digital Services Act (Gesetz über digitale Dienste) und der EU Digital Market Act (Gesetz über digitale Märkte). Das Gesetz über digitale Dienste enthält Regelungen zur Förderung von kleineren Plattformen. Das Gesetz über digitale Märkte zielt auf Anbieter von Online-Plattformen ab, die bereits eine Marktmacht besitzen.

Öffentliches Fachgespräch zur Sicherheit und Koordinierung der Nutzung von Clustererkennungs-Apps

Am 5. Mai 2021 (80. Sitzung) waren sogenannte Clustererkennungs-Apps, mit denen die Kontakte nachverfolgt werden können, wie beispielsweise die Corona-Warn-App der Bundesregierung (CWA) oder die Luca-App Thema im Ausschuss Digitale Agenda. Die Luca-App wurde in einigen Bundesländern zur Kontaktnachverfolgung eingesetzt, war aber wegen Datenschutzmaßnahmen in die Kritik geraten. Seit dem Update von Ende April 2021 konnten auch mit der CWA Kontakte nachverfolgt werden. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Professor Ulrich Kelber, lobte die CWA, die seiner Meinung nach durch das Update eine gut funktionierende und datenschutzfreundliche Cluster-Erkennung bietet.

2. Nicht öffentliches Fachgespräch

Am 14. April 2021 sprach der Ausschuss Digitale Agenda mit dem australischen Botschafter Philipp Green und im Anschluss daran mit Semjon Rens von Facebook Inc. über den Streit und die Einigung zum australischen Mediengesetz. Die australische Regierung hatte ein Gesetz geplant, mit dem Internetkonzerne wie Google und Facebook dazu verpflichtet werden sollten, Sender und Verlage zu vergüten, wenn sie deren journalistische Inhalte verbreiten.

3. Berichte

Im Rahmen der Selbstbefassung informierte sich der Ausschuss Digitale Agenda in circa 40 Berichten beispielsweise über den Stand der Digitalisierung und digitalpolitische Vorhaben, über Hackerangriffe und den Datenschutz sowie über wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu ethischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung.

Berichte aus dem Kabinettausschuss-Digitalisierung (Digitalkabinett)

Im Laufe der Wahlperiode waren regelmäßig Mitglieder aus dem Digitalkabinett zu Gast im Ausschuss Digitale Agenda und berichteten über digitalpolitische Vorhaben und Maßnahmen in ihren jeweiligen Ressorts. Das Digitalkabinett ist das zentrale Steuerungsgremium für digitalpolitische Fragen auf höchster politischer Ebene, dem die Bundeskanzlerin, alle Bundesministerinnen und –minister (BM/BMn) sowie die beiden Staatsministerinnen im Bundeskanzleramt – Dorothee Bär (Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung) und Prof. Monika Grütters (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) – angehören. Die Digitalministerinnen und –minister waren in loser Reihenfolge zu Gast im Ausschuss, wie die folgende Übersicht zeigt:

- Bericht der Bundesregierung über die Arbeit des Digitalkabinetts von BMn **Dr. Katharina Barley (BMJV)** (18. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung über die Arbeit des Digitalkabinetts sowie zum Thema "Entwicklungshilfe, Digitalisierung (Digital Africa) und Menschenrechte von BM **Dr. Gerd Müller (BMZ)** (23. Sitzung)

-
- Bericht der Bundesregierung über die Arbeit des Digitalkabinetts sowie zum Thema "Mobilfunkausbau - 5G und das Breitbandförderprogramm des Bundes von BM **Andreas Scheuer (BMVI)** (26. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BM **Horst Seehofer (BMI)** (29. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BM **Peter Altmaier (BMW)** (34. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung über die Arbeit des Digitalkabinetts zum Thema „Digitale Bildung“ von BMn **Anja Karliczek (BMBF)** (35. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BM **Jens Spahn (BMG)** (40. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BMn **Annegret Kramp-Karrenbauer (BMVg)** (43. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BMn **Dr. Franziska Giffey (BMFSFJ)** (46. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BMn **Svenja Schulze (BMU)** (47. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BM **Olaf Scholz (BMF)** (48. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BM **Hubertus Heil (BMAS)** (50. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BMn **Julia Klöckner (BMEL)** (54. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von BM **Heiko Maas (AA)** (68. Sitzung)
 - Bericht der Bundesregierung zur Arbeit des Digitalkabinetts von StMn **Prof. Monika Grütters (Beauftragte für Kultur und Medien)** (70. Sitzung)

Berichte der Bundesregierung

Regelmäßig ließ sich der Ausschuss Digitale Agenda von der Bundesregierung über aktuelle und grundsätzliche digitalpolitische Themen unterrichten. Die StMn Dorothee Bär, Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, war mehrfach zu Gast im Ausschuss Digitale Agenda und berichtete u. a. über den Stand der Umsetzungen der Digital- und der Datenstrategie. Als weiteres Berichtsthema stand immer wieder der Datenschutz auf der Agenda. Außerdem ließ sich der Ausschuss über aktuelle Entwicklungen der Digitalisierung in verschiedenen Bereichen – wie beispielsweise in der Wirtschaft und Industrie, der Schule und in Afrika – berichten.

- Bericht der Bundesregierung zum aktuellen Stand der Digitalisierung von StMn Dorothee Bär (10. Sitzung)
- Bericht von Prof. Dr. Helge Braun, BM für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (16. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Vorgaben des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (§ 2 NetzDG) und dem Entfernen von Inhalten nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz zusammen mit Vertretern von Facebook, Google und Twitter (17. Sitzung)
- Bericht der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zur Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) sowie der zuständigen Datenschutzbeauftragten

der Bundesländer zum einheitlichen Vorgehen der Länder hinsichtlich der DSGVO von Andrea Voßhoff (BfDI), Helga Block (LfDI-NRW und Vorsitzende der DSK)

- Bericht der Bundesregierung über die Digitalisierung in Wirtschaft und Industrie, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung innovativer Technologien in der Bundesrepublik Deutschland von Bundesminister Peter Altmaier (BMWi) (25. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung über den aktuellen Stand der Digitalisierungsstrategie der GIZ von Tanja Gönner (Vorstandssprecherin der GIZ) (29. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung zu den zentralen Vorhaben des BMI in den Bereichen Digitalisierung und Cybersicherheit von BM Horst Seehofer (BMI) (46.)
- Bericht der Bundesregierung zum Thema "Digitalisierungsprojekte in Afrika" von Günter Nooke (BMZ) (49. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung zum Stand der digitalen Maßnahmen der Bundesregierung aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigung durch COVID-19. Von StMn Dorothee Bär (53. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung zum aktuellen Stand der Umsetzungsstrategie - Digitalisierung gestalten von StMn Dorothee Bär (56. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung über aktuelle digitalpolitische Vorhaben von BM Horst Seehofer (BMI) und StS Dr. Markus Richter (BMI) (58. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung zu dem Thema "Aktuelle Entwicklung in der digitalen Schulbildung vom PStS Thomas Rachel, MdB (BMBF) (59. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung zu dem Thema "Aktuelle Entwicklung in der digitalen Schulbildung vom Generalsekretär der Kultusministerkonferenz Udo Michalik (60. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung zum Thema Technologietransfer und digitale Verwaltung von Christina Lang (DigitalService4Germany) (67.)
- Bericht der Bundesregierung zur Nutzung digitaler Instrumente im Rahmen des am 10. September 2020 erfolgten Warntages 2020 von Präsident Armin Schuster (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) (70. Sitzung)
- Bericht zur Datenstrategie der Bundesregierung von StMn Dorothee Bär (74. Sitzung)
- Bericht der Bundesregierung zu der Digitalinitiative Update Deutschland von StMn Dorothee Bär (80. Sitzung)
- Gespräch mit BM Horst Seehofer (BMI) über aktuelle digitalpolitische Themen aus seinem Ressort (84. Sitzung)
- Tätigkeitsbericht CIO von StS Dr. Markus Richter (CIO Bund) und Harald Joos (CIO BFV) (84. Sitzung)

Wissenschaftliche Berichte und Gutachten

Der Ausschuss Digitale Agenda nutzte zur Information auch die wissenschaftliche Expertise verschiedener Kommissionen, wie die folgende Übersicht zeigt:

- Bericht zur Arbeit des Deutschen Ethikrates von Prof. Dr. Peter Dabrock (Vors.) (15. Sitzung)

-
- Bericht der Datenethikkommission von Prof. Dr. Christiane Woopen und Prof. Dr. Christiane Wendehorst (42. Sitzung)
 - Vorstellung des EFI-Gutachtens 2020 von Prof. Dr. Uwe Cantner (Vors.) (51. Sitzung)
 - Anwendungsbericht und Ergebnisse zur Lage des Internets und der digitalen Sphäre in Deutschland - Bericht der Deutschen UNESCO-Kommission von Professor Dr. Wolfgang Schulz und weiteren Mitgliedern (82. Sitzung)
 - Digitalisierung in Deutschland – Lehren aus der Corona-Krise. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie von Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. und weiteres Mitglied (82. Sitzung)
 - Vorstellung des EFI-Gutachtens 2021 von Prof. Dr. Uwe Cantner (Vors.) sowie weiteren Mitgliedern der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) (82. Sitzung)

IV. Delegationsreisen

Der Ausschuss Digitale Agenda unternahm vier Delegationsreisen. Ziel der Reisen war es, sich mit Parlamentariern und Regierungsmitgliedern sowie Digital-Fachleuten anderer Staaten über den Stand und die Entwicklung der Digitalisierung zu informieren und auszutauschen.

4. Schweden und Dänemark

Vom 18. bis 20. Juni 2018 besuchte eine Delegation des Ausschusses Digitale Agenda Schweden und Dänemark. Sowohl Schweden als auch Dänemark setzen auf eine nationale digitale Gesamtstrategie und auf den Ausbau schneller Glasfasernetze. Schweden gilt als Vorreiter des bargeldlosen Alltags. Der Schwerpunkt der Reise lag auf Gesprächen über die Veränderungen für Gesellschaft, Unternehmen und Wirtschaft durch die Digitalisierung. Die Delegationsreise diente in erster Linie dem Informationsaustausch. Hierfür wurden Gespräche unter anderem mit Abgeordneten der nationalen Parlamente sowie mit Regierungsvertretern geführt. Darüber hinaus traf sich die Delegation mit Repräsentanten verschiedener Verbände und Organisationen sowie weiteren Digital-Experten.

5. Paris (IGF 2018)

Eine Delegation des Ausschusses Digitale Agenda reiste vom 12. bis zum 14. November 2018 nach Paris zum Internet Governance Forum 2018 (IGF), das in den Räumlichkeiten der UNESCO stattfand. Das IGF wird jährlich von den Vereinten Nationen ausgerichtet. Es ist ein Multi-Stakeholder-Event, bei dem Regierungen, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor und die akademische Welt mit dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen und der UNESCO zusammentreffen, um über die Zukunft des Internets zu diskutieren. Es versteht sich als internationale Diskussionsplattform, im Rahmen derer technische, wirtschaftliche, administrative und sicherheitspolitische Aspekte der Digitalisierung sowie soziale Fragen wie die digitale Gleichberechtigung und Teilhabe sowie Möglichkeiten eines verbesserten Zugangs zum Internet diskutiert werden.

6. Vereinigte Arabische Emirate und Oman

Die dritte Delegationsreise führte in die Vereinigten Arabischen Emirate, die der Ausschuss Digitale Agenda vom 2. bis 8. Februar 2019 besuchte. Vor Ort verschaffte sich die Delegation des Ausschusses einen eigenen Eindruck vom Transformationsprozess, der infolge der Digitalisierung von Staat und Gesellschaft sowohl in den Vereinigten Arabischen Emiraten wie auch im Oman in rasantem Tempo stattfindet.

7. Kanada

Ziel der vierten Delegationsreise vom 5. bis 12. Oktober 2019 war Kanada, das eine vor allem in den Städten Toronto und Montreal beheimatete Forschungsszene besitzt. Der Schwerpunkt der Reise lag auf einem umfassenden Informationsaustausch über die Nutzbarmachung digitaler Innovationen auf dem Gebiet der städtischen Infrastruktur, der Energieinfrastruktur, der öffentlichen Verwaltung sowie im Banken- und Gesundheitssektor. Hierfür wurden Gespräche unter anderem mit Vertretern aus Parlament und Regierung sowie aus der Forschung geführt.

V. Informationsbesuche/Veranstaltungen

8. Hannover Messe 2018

Am 25. April 2018 besuchte der Ausschuss Digitale Agenda die Hannover Messe und hielt dort auch eine auswärtige Ausschusssitzung (9. Sitzung) ab. Schwerpunkt der Sitzung war das Thema „Industrie 4.0 im Deutschen Maschinen- und Anlagenbau“, angelehnt an das Motto der Hannover Messe „Industrie 4.0 trifft Logistik 4.0“. Im Anschluss an die Ausschusssitzung informierten sich die Abgeordneten bei einem Besuch ausgewählter Messestände über die neuesten Entwicklungen in den Bereichen intelligente Robotik und Big Data, besichtigten eine im kleinen Maßstab nachgebaute Smart Factory und befassten sich in diesem Rahmen auch mit dem Thema der intelligenten Fertigung und dem Internet der Dinge (IOT), das sämtliche Bereiche in der Produktion mit den einzelnen Schritten der Logistik miteinander verknüpfen kann.

9. CEBIT 2018

Am 12. Juni 2018 reiste der Ausschuss Digitale Agenda nach Hannover zur CEBIT, eine der weltweit größten Messen für Informationstechnik (IT). Durch den Rundgang auf der CEBIT erhielten die Abgeordneten nicht nur einen sehr guten Eindruck vom Leistungsumfang der IT-Wirtschaft und der IT-Forschung in Deutschland, sondern erfuhren auch, welche Rahmenbedingungen sich Wirtschaft und Forschung für ihre Arbeit wünschen.

10. Hannover Messe 2019

Am 3. April 2019 besuchte der Ausschuss Digitale Agenda, wie im Jahr zuvor, die Hannover Messe und hielt dort erneut eine auswärtige Ausschusssitzung (30. Sitzung) ab. Auf der Tagesordnung stand ein Gespräch mit der Deutschen Messe AG über die zunehmende Bedeutung von künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen. Beim anschließenden Rundgang über die Messe lag der Fokus auf Unternehmen aus den Bereichen Digital Factory sowie Forschung und Technologie. Ein Besuch auf dem Stand des Fraunhofer-Instituts stand ebenfalls auf dem Programm. Auf großes Interesse bei der Delegation stießen die Themen industrielle Zulieferung und integrierte Automatisierung.

11. Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) der Bundeswehr und Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)

Am 21. Oktober 2019 führten Mitglieder des Ausschusses Digitale Agenda eine Mandatsreise nach Bonn zum Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) der Bundeswehr und zum Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) durch. Die Abgeordneten verschafften sich einen Einblick in die Aufgaben und Tätigkeiten der beiden Behörden. Mit der Zunahme von Cyber-Angriffen auf Staaten und deren kritische Infrastruktur gewinnt die staatliche Cyber-Abwehr zunehmend an Bedeutung und rückt immer wieder in den Fokus des Ausschusses digitale Agenda.

12. IGF 2019

Vom 25. bis 29. November 2019 war Deutschland Gastgeber des IGF (Internet Governance Forum). Der Ausschuss Digitale Agenda übernahm eine aktive Rolle und gab dem Forum eine deutliche parlamentarische Dimension. In den Räumlichkeiten des Berliner Estrel Congress Center trafen sich erstmals beim IGF auch Abgeordnete aus aller Welt zu einem eigenen Ideen- und Gedankenaustausch. Ziel war es, die mit digitalen Themen befassten Politikerinnen und Politiker besser zu vernetzen und zugleich die netzpolitischen Debatten des IGF weltweit in die Parlamente zu tragen. Insgesamt 160 Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren der Einladung des Deutschen Bundestages gefolgt. Mitglieder des Ausschusses Digitale Agenda moderierten als sogenannte Themenpaten verschiedene Arbeitsgruppen, in denen angeregt diskutiert wurde. Themen waren die Standardisierungspolitik und internationale Normen, Künstliche Intelligenz, Cybersecurity, Cyberpeace und Hackbacks sowie Wettbewerbspolitik rund um die großen Plattformen.

Der damalige Vorsitzende des Ausschusses Digitale Agenda Jimmy Schulz verstarb am sogenannten „Day 0“ des IGF, am 25. November 2021. Jimmy Schulz hatte sich nachdrücklich für die Durchführung des IGF in Deutschland eingesetzt und wurde in einer Gedenkstunde von den Parlamentariern als "Netzpolitiker der ersten Stunde" gewürdigt; Jimmy Schulz habe entschlossen für Bürgerrechte gestritten und für die digitale Selbstbestimmung gekämpft.

13. IoT & FinTech Hub Berlin

Am 16. Dezember 2019 erhielten Mitglieder des Ausschusses Digitale Agenda sehr anschauliche und spannende Einblicke in die, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte, Arbeit des IoT & FinTech Hubs. Der Hub (dt. Knotenpunkt) verfügt über Erfahrung im Vernetzen von Unternehmen und dem Erschließen von Geschäftsmodellen und unterstützt Gründerinnen und Gründer junger Unternehmen. FinTech ist spezialisiert auf das Banken- und Versicherungswesen. FinTech-Startups sind beispielsweise ELEMENT (digitaler Direktversicherer mit BaFin-Versicherungslizenz), SolarisBank (digitale Bankenplattform mit BaFin-Bankenlizenz) und PAIR Finance (digitaler KI-gesteuerter Inkassoservice).

IoT steht für Internet of Things (dt. Internet der Dinge). IoT-Startups sind beispielsweise AssistMe (entwickelt zukunftsweisende Technologien für den Pflegesektor), METR (spezialisiert auf die Verbindung technischer Systeme im Gebäudemanagement) und CROVE (Drei-Finger-Handschuh zur Unterstützung bei Anwendungen mit Dokumentationspflichten, z.B. Wartungen, Inspektionen).

Nach einem angeregten Austausch mit den Vertretern des IoT & FinTech Hubs und der Hub Agency schloss der Besuch mit einem Rundgang durch das Gebäude der Factory Berlin ab.

VI. Gespräche mit ausländischen Gästen

Am 22. Februar 2018 empfingen Abgeordnete des Ausschusses Digitale Agenda eine **Delegation der parlamentarischen Sonderkommission für die 4. Industrielle Revolution der Republik Korea** und diskutierten die Auswirkungen der Digitalisierung, insbesondere im Hinblick auf Industrie und Arbeit 4.0, Datenschutz, Digitale Infrastruktur sowie die 5G-Technologie.

Am 20. März 2018 war der **norwegische Staatssekretär für Digitalisierung und Modernisierung öffentlicher Dienste des Ministeriums für öffentliche Verwaltung und Modernisierung, Paul Chaffey**, zu einem Informationsaustausch zu Gast im Ausschuss Digitale Agenda. Begleitet wurde er vom **Königlich Norwegischen Botschafter, Petter Ølberg**, und von **Anne-Lena Straumdal vom**

Norwegischen Ministerium für Regierungsverwaltung und Reform. Norwegen, Vorreiter im Bereich E-Government, arbeitet seit 2014 nach dem Prinzip Digital-by-Default, d. h., alles, was Bürger und Behörden miteinander abwickeln, erfolgt möglichst auf digitalem Weg.

Am 26. April 2018 besuchte **Andrus Ansip, Vizepräsident der EU-Kommission und für den digitalen Binnenmarkt zuständiger Kommissar**, den Ausschuss Digitale Agenda, um über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen und Herausforderungen der Schaffung eines digitalen Binnenmarktes, der Förderung von Künstlicher Intelligenz sowie über Datenschutz und Datensicherheit in Europa zu sprechen.

Am 18. Oktober 2018 empfing der Ausschuss Digitale Agenda eine **Delegation des indischen Ober- und Unterhauses** zu einem Informationsaustausch.

Am 16. Mai 2019 führten Mitglieder des Ausschusses Digitale Agenda ein Gespräch mit der **EU-Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Marija Iwanowa Gabriel**, über das Thema Urheberrechtsreform.

Am 16. Oktober 2019 berichtete der Stellvertretende Vorsitzende Hansjörg Durz (CDU/CSU) im Namen des Ausschusses Digitale Agenda einer fünfköpfigen **Delegation von Medienschaffenden aus Italien** zu den Themen Netzpolitik und Regulierung bzw. Umgang mit Fake News in Deutschland.

Am 18. Oktober 2019 empfing die Abgeordnete Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.) im Namen des Ausschusses Digitale Agenda Frau **Juliana Rotich** aus **Kenia**. Die Trägerin des Deutschen Afrika-Preises 2019 berichtete u. a. über die von ihr mitgegründete Open-Source-Plattform Ushahidi, mit deren Hilfe Informationen und Beobachtungen aus Krisengebieten gemeldet und auf einer Karte dargestellt werden können. Ushahidi nutzt dabei Crowdsourcing, also die Informationen vieler verschiedener Menschen, die ihre Beobachtungen an Ushahidi melden.

VII. Mitglieder des Ausschusses Digitale Agenda (Stand 30. Juni 2021)**14. Ordentliche Mitglieder**

CDU/CSU	Obmann	Beermann, Maik
	Stv. Vorsitzender	Durz, Hansjörg
		Hauer, Matthias
		Heilmann, Thomas
		Kemmer, Ronja
		Schipanski, Tankred
		Sauer, Stefan

SPD		Herzog, Gustav
		Korkmaz-Emre, Elvan
		Mohrs, Falko
	Obmann	Dr. Zimmermann, Jens
		Dr. Weingarten, Joe

AfD	Obfrau	Cotar, Joana Eleonora
		Schulz, Uwe
		Dr. Ependiller, Michael

FDP	Obmann	Brandenburg, Mario
	Vorsitzender	Höferlin, Manuel

DIE LINKE.	Obfrau	Domscheit-Berg, Anke
		Dr. Sitte, Petra

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Dr. Christmann, Anna
	Obmann	Janecek, Dieter

Fraktionslos		Kamann, Uwe
---------------------	--	-------------

15. Stellvertretende Mitglieder**CDU/CSU**

Biadacz, Marc
Dr. Friedrich, Hans-Peter
Dr. Kühne, Roy
Dr. Nick, Andreas
Schön, Nadine
Steineke, Sebastian
Whittaker, Kai

SPD

Bartol, Sören
Gerster, Martin
Klingbeil, Lars
Stadler, Svenja
Kaiser, Elisabeth

AfD

Bühl, Marcus
König, Jörn
Wiehle, Wolfgang

FDP

Sitta, Frank
Willkomm, Katharina

DIE LINKE.

Movassat, Niema
Pau, Petra

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

N.N.
Rößner, Tabea